

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Wortprotokoll
27. Sitzung (Teil 1)

Berlin, den 28.02.2007, 16:30 Uhr
Sitzungsort: PLH E.200

Sitzungssaal:

Vorsitz: Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, MdB

TAGESORDNUNG:

Einzigster Punkt der Tagesordnung

Seite

2

Anhörung zum Thema „Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland 2002 bis 2005“
BT-Drucksache 16/3777

Sachverständige:

Jürgen Lieser

Caritas International / VENRO

Dr. Hans-Joachim Preuss

Deutsche Welthungerhilfe

Karl-Otto Zentel

Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge e. V.

Wolfgang Nierwetberg

HELP – Hilfe zur Selbsthilfe e. V.

Einzigiger Punkt der Tagesordnung

Anhörung zum Thema „Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland 2002 bis 2005“ BT-Drucksache 16/3777

Die Vorsitzende: Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Sachverständige und liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, ich begrüße Sie ganz herzlich nicht nur zur 27. Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sondern auch zu einer öffentlichen Anhörung. Vor allen Dingen begrüße ich natürlich die Experten, die uns heute zu unserem Anhörungs punkt zur Verfügung stehen wollen. Hierbei handelt es sich um Herrn Jürgen Lieser, von Caritas International, Herrn Dr. Hans-Joachim Preuss, von der Deutschen Welthungerhilfe, Herrn Wolfgang Nierwetberg, von HELP – Hilfe zur Selbsthilfe e. V., und Herrn Karl-Otto Zentel, vom Deutschen Komitee für Katastrophenvorsorge e. V.. Daraus können Sie entnehmen, dass es heute um den Bericht zur humanitären Hilfe der Bundesregierung vom November des letzten Jahres geht. Ich darf im Zusammenhang dazu Frau VLR'in I Ursula Brigitte Müller, die Leiterin der Abteilung Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt (AA), Herrn VLR Dr. Christoph Bundscherer, Frau Gabriele Funk, Herrn Johannes Dirscherl und Herrn Christoph Wolfrum herzlich begrüßen.

Es geht uns heute darum, dass wir mit Ihnen als Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft besprechen, ob die Fakten und Schlussfolgerungen dieses Berichtes richtig sind. Wie sieht es mit den Problemen und Möglichkeiten aus, sind sie so formuliert, dass die, die vor Ort damit umgehen müssen, dies auch können? Gibt es Anregungen von Ihrer Seite, bzw. Lob oder Kritik anzubringen? Dies wollen wir hier in unserer öffentlichen Sitzung deshalb tun, weil sich der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages auch als „Scharnier“ zwischen der Zivilgesellschaft und der Politik versteht und deswegen ihre Anregungen, Überlegungen und auch ihre Kritik in den Bereich der Politik mit aufnehmen will. Den Bericht der Bundesregierung über die humanitäre Hilfe¹ setze ich als bekannt voraus. Es handelt sich hier im Übrigen nicht um eine Auswahl von Experten, die wir willkürlich getroffen haben, sondern um eine Auswahl, die von der Zivilgesellschaft selbst,

¹ Der Bericht ist einzusehen unter: www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/HumanitaereHilfe/downloads/BerichtHH2002-2005.pdf

in unserem Fall durch den Dachverband der Verbände für humanitäre Hilfe (VENRO), benannt worden ist.

Ich möchte Sie nun bitten, Ihre Beiträge in jeweils zehn Minuten vorzutragen. Im Anschluss wird dann Frau VLR'in I Müller eine Kommentierung aus ihrer Sicht abgeben. Danach werden die Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen die Beiträge der Experten und von VLR'in I Müller kommentieren, ergänzen oder kritisieren.

Ich möchte nun mit Ihnen, Herr Lieser, anfangen. Sie haben das Wort.

Jürgen Lieser: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten, liebe Kolleginnen und Kollegen aus den NGOen, ich möchte mich zunächst herzlich für die Einladung von Caritas International bedanken und dass wir hier Stellung nehmen dürfen. Wer den Bericht gelesen hat, wird festgestellt haben, dass es sich hier um eine etwas „trockene Kost“ handelt. Im Tabellenteil sieht man, dass die deutsche Caritas im Berichtszeitraum immerhin 160 Mio. Euro für humanitäre Hilfsprogramme ausgegeben hat. Dabei handelte es sich zum größten Teil um private Spenden aber ein Teil davon stammt auch aus Mitteln des Auswärtigen Amtes und des BMZ. Für das darin zum Ausdruck gekommene Vertrauen in unserer Arbeit möchte ich mich auch an dieser Stelle herzlich bedanken.

Hier geht es aber um den Bericht und da möchte ich gleich mit einem Lob beginnen. Wir haben den Bericht gelesen und es hat uns gefreut, dass er im Vergleich zu früheren Berichten doch deutlich besser geworden ist. Es ist auch sehr zu begrüßen, dass der immerhin 123 Seiten umfassende Bericht nicht nur wesentlich schneller veröffentlicht worden ist, sondern dass er auch deutliche inhaltliche Verbesserungen aufweist. Erstmals liegt der nachhaltige Teil des Berichts, ohne den Tabellenteil, als handliche Broschüre vor, was die Chancen erhöht, dass auch Menschen, die sonst nicht unbedingt Bundestagdrucksachen lesen, davon angesprochen werden.

Am Anfang des Berichtes wird gleich ein besonderes Merkmal der deutschen humanitären Hilfe hervorgehoben. Aus der Sicht der NROen ist die Betonung des Subsidiaritätsprinzips für die deutsche humanitäre Hilfe von hoher politischer Relevanz, da es auf der internationalen Ebene eher gegenläufige Entwicklungen gibt. Dort ist eher

ein Trend zur Zentralisierung und Monopolisierung von humanitärer Hilfe, entweder unter VN-Koordination oder anderen Koordinationsmechanismen, zu beobachten, was wiederum mit einer Abwertung der Rolle von unabhängigen Hilfsorganisationen verbunden ist.

Ich möchte noch einmal auf die wichtige Rolle lokaler Partnerorganisationen der Caritas hinweisen, die im Bericht nicht erwähnt werden. Aus unserer Erfahrung sind die lokalen Partnerorganisationen die eigentlichen Träger der Hilfsmaßnahmen. Sie repräsentieren die Zivilgesellschaft vor Ort. Sie sind auch die Garanten für eine präventive und nachhaltige Katastrophenhilfe. Deshalb liegt für die Caritas die Zukunft der humanitären Hilfe u. a. im Aufbau und in der Stärkung lokaler Hilfsstrukturen. Von internationalen Gebern und auch im EU-Kontext wird ein solcher methodischer Ansatz der Arbeit leider nur selten honoriert und gefördert. Aus unserer Sicht ist bemerkenswert, dass der Bericht, zumindest zu Beginn, auf die kontroverse Problematik des Verhältnisses von Hilfsorganisationen und Streitkräften verweist – eine Diskussion, die wir seit vielen Jahren führen – und auf die Rolle humanitärer Organisationen in integrierten Missionen der Vereinten Nationen.

Positiv gegenüber früheren Berichten fällt auf, dass dem Aspekt der Qualität der humanitären Hilfe eine hohe Bedeutung beigemessen wird. Damit wird anerkannt, dass die Anforderungen an die Qualität der humanitären Hilfe gestiegen sind und alle Akteure sich zu Recht einer kritischen Überprüfung unterziehen müssen, was z. B. Wirksamkeit, Effizienz, Anpassbarkeit und Transparenz betrifft. Besonders hervorheben möchte ich u. a. auch die gute Zusammenarbeit zwischen den Regierungsstellen die mit humanitärer Hilfe und zivilen Hilfsorganisationen im Koordinierungsausschuss Humanitäre Hilfe befasst sind. Für Caritas international liegt die politische Bedeutung dieses Gremiums darin, dass hier wirklich ein Forum für den Dialog zwischen der Bundesregierung und den Hilfsorganisationen geschaffen wurde. Wir würden uns manchmal eine stärkere Präsenz der politisch Verantwortlichen wünschen.

Nun komme ich zu den eher kritischen Punkten. Es gibt im Bericht die Fragestellung „Abgrenzung der humanitären Hilfe zur Entwicklungszusammenarbeit“ und „Rolle der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe“ welche beim BMZ angesiedelt ist. Es ist wohl eher spezifisch für die deutsche Hilfe, dass die humanitäre Soforthilfe

beim AA ressortiert und die entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe beim BMZ. Der Anspruch besteht – und das ist eine Diskussion, die wir auch bereits seit mehreren Jahren führen –, dass die Nothilfe, der Wiederaufbau und die Entwicklungszusammenarbeit besser verknüpft werden müssen. Insofern ist die Tatsache, dass die Bundesregierung beim BMZ einen eigenen Haushaltstitel mit dieser Zielsetzung eingerichtet hat, zu begrüßen, obwohl uns die praktische Erfahrung zeigt, dass einerseits die Abgrenzung zwischen den beiden Ressorts und andererseits die Verknüpfung, der gewünschte und gewollte nahtlose Übergang zwischen der Soforthilfe des AA und der entwicklungsorientierten Nothilfe des BMZ nicht so gut funktioniert, wie es wünschenswert wäre. VENRO hat dazu auch eine eigene Publikation zu diesem Konzept erstellt. Ich möchte noch einmal sagen, wo genau die praktischen Schwierigkeiten liegen. Wir sind der Meinung, dass die kurzfristige Versorgung von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen in akut eintretenden Flüchtlingskrisen eigentlich in die Zuständigkeit der humanitären Soforthilfe des AA fallen müsste und hier liegt die Überschneidung der beiden Förderbereiche. Eine weitere Überschneidung stellt dar, dass beide Instrumente Maßnahmen der Katastrophenvorsorge fördern, was wir nicht ganz plausibel und nachvollziehbar finden. Im Übrigen sind die Verfahren beim entwicklungsorientierten Nothilfetitel beim BMZ so kompliziert, dass sie die zeitnahe und flexible Reaktion auf akute Notlagen und Entwicklungen erschweren. Wir müssen unsere geplanten Projektvorhaben in der Regel vier bis sechs Monate vorher in dieses Planungsverfahren einspeisen, was nicht besonders flexibel ist. Unsere Erfahrungen zeigen auch, dass der gewünschte fließende Übergang bzw. die nahtlose Anschlussfinanzierung in der Praxis nicht unbedingt gut funktioniert. Es gibt von Seiten des BMZ bestimmte Länder oder sektorspezifische Schwerpunktsetzungen, die aber oftmals nicht deckungsgleich mit den Schwerpunkten der humanitären Hilfe sind. Dazu kommt, dass der Not- und Übergangshilfetitel von seinen Handlungsspielräumen her, auch durch seine Verpflichtungen im Rahmen der Food-Aid-Convention, sehr stark eingeschränkt ist. Von einem Gesamtansatz von über 90 Mio. Euro stehen letztlich, nach Abzug des Beitrags der Bundesrepublik Deutschland zu diesem internationalen Nahrungsmittelübereinkommen, nur noch 32 Mio. Euro für Projektvorhaben zur Verfügung.

Zum Schluss hätte ich noch einige Anmerkungen, Kritikfragen und Empfehlungen auszusprechen, soweit es in der Kürze der Zeit möglich ist. Ein zentrales Leitprinzip

ist, dass die Hilfe ausschließlich an den Erfordernissen der Notlage orientiert sein soll. Wenn sie aber in den statistischen Teil des Berichts sehen, werden sie dieses Leitprinzip nicht unbedingt immer wieder finden. 2002 hat Europa z. B. vom AA mehr humanitäre Hilfe erhalten als Afrika. Dass das natürlich seine Gründe hat, wie die Auswirkungen des Balkankonfliktes, ist schon klar, aber trotz allem darf man doch die Frage stellen, warum 2002 mehr humanitäre Hilfsgelder nach Europa geflossen sind als nach Afrika. An anderer Stelle des Berichts wird das Problem angesprochen, dass der Mitteleinsatz für humanitäre Hilfe und Wiederaufbau oft sehr ungleich verteilt ist. Es geht dort um die Frage des Einflusses der Medien, wie z. B. dass die Medien bei Spendenaufrufen sehr stark mitbestimmen, wofür Geld gesammelt wird. Wir würden uns jedoch manchmal wünschen, dass die Regierungsstellen, die die Gelder vergeben, dort nicht auch noch Gelder zugeben, wenn von der Zivilbevölkerung für bestimmte Katastrophen bereits massive Spenden geleistet worden sind. Ich weiß sehr wohl, dass sich das AA um die so genannten „vergessenen Katastrophen“ bemüht, aber die Politik reagiert nach unseren Beobachtungen manchmal anders.

Dann wäre da noch das Problem der Federführung durch das AA. In der humanitären Hilfe sollte das AA federführend sein, was auch so festgelegt worden ist. Wenn sie die Mittelausstattung der beiden Ressorts anschauen, spiegelt es das aber überhaupt nicht wider. Das AA hatte im Berichtszeitraum 387 Mio. Euro auszugeben und das BMZ 510 Mio. Euro. Wenn das AA die Federführung in der humanitären Hilfe haben soll, dann kann ich das an der Mittelausstattung nicht erkennen. Was wir besonders merkwürdig finden ist, dass z. B. der Beitrag der Bundesregierung zu diesem Nothilfefonds der Vereinten Nationen (CERF), im letzten Jahr waren es 5 Mio. Euro, aus dem Etat der Not- und Übergangshilfe des BMZ geleistet wird. Dieses Geld wird somit aus den Mitteln genommen, die für Hilfsorganisationen auch ganz nützlich gewesen wären.

Es ist unbestritten, dass Hilfeleistungen der Bundeswehr bei Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen im Ausland in die Bilanz der deutschen humanitären Hilfe hineingehören. Das gilt aber nicht für die zivil-militärische Zusammenarbeit nach dem CIMIC-Konzept. CIMIC bedeutet einsatzbegleitende Unterstützungsmaßnahmen, die dem Schutz der Einsatzkontingente, dem Ansehen Deutschlands in der Bevölkerung und der Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in den

Einsatzgebieten dienen. Hier ist also nicht die humanitäre Lage Anlass für das Tätigwerden und wir meinen, dass die Finanzierung von CIMIC-Aktivitäten in einem Bericht zur humanitären Hilfe der Bundesrepublik nichts zu suchen hat.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Wir werden die schriftlichen Stellungnahmen selbstverständlich auf der Homepage des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe veröffentlichen, so dass wir die gesamte Länge Ihrer Stellungnahmen, die Sie eingereicht haben, auch der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Herr Dr. Preuss, ich erteile Ihnen das Wort.

Dr. Hans-Joachim Preuss: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch wenn wir uns im Vorfeld dieser Anhörung darauf verständigt haben, diesen Bericht arbeitsteilig zu kommentieren, werden gewisse Redundanzen nicht auszuräumen sein, dies gilt auch für meinen Dank, dass wir hier Gelegenheit haben, vor dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe den Bericht der Bundesregierung zur humanitären Hilfe zu kommentieren und Kritik, Lob und Ergänzungswünsche vorzutragen.

Lob ist dem Bericht in der Tat zu zollen. Zum einen, dass es diesen Bericht überhaupt gibt, der wesentliche Fragestellungen der humanitären Hilfe national und international aufgreift. Zum anderen, dass dieser Bericht Zeugnis ablegt über das Engagement der Bundesregierung, der es aber auch ermöglicht, kritische Anmerkungen zu formulieren. Ich möchte in der gebotenen Kürze auf fünf Punkte eingehen. Der erste wäre, wie sich aus unserer Sicht die Rahmenbedingungen der humanitären Hilfe international verändern. Zweitens, warum die Prinzipien der humanitären Hilfe für uns als Hilfsorganisationen wichtig bleiben. Drittens, welche Bedeutung private Träger an der humanitären Hilfe haben. Viertens, was wir von einer Erhöhung der Haushaltsansätze für humanitäre Hilfe erwarten und fünftens, wie wir die Perspektiven der humanitären Hilfe einschätzen.

Ich komme zum ersten Punkt. Wir stellen fest, dass wir nicht erst seit dem Klimawandel eine Zunahme von krisenhaften Situationen für Menschen in Entwicklungsländern zu beobachten haben. Das sind beispielsweise klimabedingte Naturkatastro-

phen, die akut für uns wichtig sind, wie Hurrikans und akuten Dürren, die sehr große Landstriche betreffen. Was für unsere Arbeit allerdings sehr viel wichtiger ist, sind die schleichenden Katastrophen, die keine akuten Bilder erzeugen, sondern beispielsweise dass Niederschläge wesentlich unregelmäßiger fallen, das Fluten periodisch Landstriche verwüsten usw.. Wir haben es gleichzeitig mit einer Differenzierung von Entwicklungsländern zu tun. Es gibt Länder, die sich ökonomisch und auch was die Verteilungsgerechtigkeit anbelangt sehr gut entwickeln und es gibt andere Länder, die eigentlich eher zu den Verlierern gehören, das sind insbesondere afrikanische Länder. Wir haben es aber auch gleichzeitig mit einer Polarisierung zu tun, die eigentlich zu den so genannten „emergent economies“ zählen. Hier haben wir also eine wachsende Zahl von Menschen, die verwundbar sind und die selbst bei kleinen externen Schocks nicht mehr in der Lage sind, sich selbst zu helfen, d. h. auf externe Unterstützung sei es von der eigenen Regierung oder von außen angewiesen sind. Wir glauben, dass insgesamt der Bedarf an humanitärer Hilfe in der Zukunft eher noch zunehmen wird. Das betrifft den Bereich der natürlichen Katastrophen. Wir stellen zwar fest, dass insgesamt die Zahl von Kriegen und Bürgerkriegen abnimmt, die verbleibenden Konfliktherde aber von ihrer Natur her wesentlich komplexer und teilweise auch dauerhafter sind. Die für die Lösung solch komplexer Krisen erforderlichen Mittel, die insbesondere einen politischen und militärischen vielleicht auch einen ökonomischen Charakter haben, werden vermutlich nicht dafür bereitgestellt, so dass humanitäre Hilfe der letzte Notbehelf wird, damit Menschen in diesen Ländern nicht „krepieren“. Auch das wird den Druck auf die humanitäre Hilfe, in vielen dieser komplexen Krisen zu arbeiten, eher noch vergrößern. Die Situation für humanitäre Hilfsorganisationen wird dabei nicht einfacher, das ist insbesondere seit dem 11. September 2001 zu konsternieren. Viele der externen Interventionen, die unter dem Vorzeichen eines globalen Kriegs gegen den Terror unternommen werden, führen häufig dazu, dass egal, ob diese nun militärisch, politisch oder aber auch humanitär eingreifen, als Vertreter einer westlich dominanten Welt begriffen werden und damit humanitäre Hilfe selber ins Fadenkreuz von Extremisten gerät, was in den letzten Jahren zugenommen hat und früher so nicht der Fall war. Insofern denke ich, dass auch auf diese Rahmenbedingungen ein stärkeres Gewicht gelegt werden muss, um zu sehen, wie dynamisch sich diese Rahmenbedingungen verändern.

Ich habe gerade darauf hingewiesen, dass es sehr schwierig wird zwischen der humanitären Hilfe und anderen Formen von Interventionen zu unterscheiden. Der Bericht weist richtigerweise darauf hin, dass die humanitäre Hilfe und ihre Akteure in komplexen Krisen das einzig wirksame außenpolitische Handlungsfeld sind. Es sind humanitäre Organisationen, die in dieser konkreten Situation Leben retten können. Grund dafür sind ihre Neutralität und ihre Unabhängigkeit, dies garantiert den Zugang zu bedürftigen Menschen. Wir sehen in dem Bericht einen gewissen Widerspruch darin, dass hier diese Überzeugung zwar bestätigt wird, auf der anderen Seite aber auch gesagt wird, dass die Bundesregierung selbst die Gültigkeit von humanitären Prinzipien unterstreicht, wenn sie selber Akteur in einem Konflikt ist, sei es durch politische oder militärische Intervention. Ich glaube nicht, dass diese Position durchhaltbar ist, denn wenn sie Akteur in einem Konflikt, wenn sie politisch oder militärisch interveniert, dann wird es sehr schwierig, dass die gleichen Strukturen humanitär dort arbeiten können. Ein Beispiel, was viel zitiert wird, ist die Intervention der Bundeswehr in Afghanistan. Ich will dieses Thema Bundeswehr, zivil-militärische Kooperation usw. nicht erneut aufgreifen, es wäre allerdings hilfreich, wenn die Bundesregierung hierzu eine Position erarbeiten könnte, welches Verhältnis diese Akteure bei wachsenden militärischen und humanitären Interventionen haben sollten und diese Position dann im Anschluss daran auch mit den wichtigen Akteuren der humanitären Hilfe, den Nichtregierungsorganisationen, diskutieren. Das würde dann vielleicht auch den Nebeneffekt haben, dass selbst die Position von Nichtregierungsorganisationen etwas schärfer konturiert würde als das das bisher der Fall ist.

Die Bundesregierung bezeichnet die Nichtregierungsorganisationen als die eigentlichen Akteure der humanitären Hilfe. Das nehmen wir gerne so an und bestätigen das auch. Aber wir bemerken, dass die wesentlichen Reformanstrengungen im Bereich der humanitären Hilfe sich derzeit auf das System der Vereinten Nationen richten. Wir verstehen nicht, warum dem diese Bedeutung beigemessen wird. Die Abwicklung dieser humanitären Hilfe wird im Anschluss, wenn das Geld internationalen Organisationen übertragen wurde, ob das OCHA oder das Welternährungsprogramm ist, doch wieder über Nichtregierungsorganisationen stattfinden. Warum wird hier dieser Umweg gewählt, oder ist das ein Indikator einer Abkehr von dem Weg, dies an Nichtregierungsorganisationen zu übertragen? Wir fordern die Bundesregierung auf, dass dieser Beitrag für CERF zusätzlich gewährleistet wird, dass Nichtregierungsor-

organisationen Zugang zu diesem Fonds haben und dass eine ausgewogene Finanzierung von UN-Organisationen und deutschen Organisationen erfolgt.

Der Bericht weist auch darauf hin, dass eine Erhöhung des Budgets vorgesehen ist. Wir begrüßen, dass im Rahmen der Erhöhung des deutschen Beitrages zur Official Development Assistance auch die Mittel für die humanitäre Hilfe dem wachsenden Bedarf angepasst werden. Ich denke, dass das wirklich notwendig ist. Worauf wir allerdings achten werden, ist, dass hier eine reale Erhöhung dieser Mittel erfolgt, nicht, wie das zum Teil in anderen Bereichen der Official Development Assistance passiert, dass man versucht neue Felder zu identifizieren, die dann dieser „ODA-Quote“ zugerechnet werden. Wir möchten gerne verhindern, dass beispielsweise Beiträge zu CIMIC-Aktivitäten und anderen, die im Augenblick aus anderen Ressorts bestritten werden, der humanitären Hilfe zugerechnet werden, ohne dass es zu einer realen Erhöhung für die Bedürftigen kommt.

Ich glaube, dass angesichts des steigenden Bedarfs aber auch einer wachsenden Spendenbereitschaft die Zahl von Akteuren zunehmen, auch neue Akteure auf den Plan gerufen werden. Ich glaube, dass gerade das Beispiel Tsunami gezeigt hat, dass die Qualität der Intervention der humanitären Hilfe ganz entscheidend ist für ihre Legitimität in der deutschen Gesellschaft, nicht nur für die Spendenbereitschaft, sondern auch für die Bereitschaft der Bevölkerung, dass der Staat für dieses Politikfeld Gelder bereitstellt. Insofern erwarte ich auch, dass von Seiten des AA diesem Bereich in Zukunft eine wesentlich größere Bedeutung zukommt und dass nicht nur an Qualitätsmaßstäben gearbeitet wird, sondern auch ihrer Umsetzung unterstützt wird. Ich glaube, die meisten Nichtregierungsorganisationen sind dazu bereit, das AA und die Bundesregierung bei dieser Frage zu unterstützen. Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Ich darf jetzt Herrn Nierwetberg das Wort übergeben.

Wolfgang Nierwetberg: Herr Dr. Preuss erwähnte es bereits und auch wir sehen eine Problemfeld bei der Finanzierung internationaler Organisationen, GTZ versus deutsche NROen. HELP beobachtet mit Sorge die Bevorzugung internationaler Organisationen oder der GTZ bei der Vergabe von Mitteln der öffentlichen Hand für die humanitäre Hilfe. Die Folgen sind: Bürokratisierung der humanitären Hilfe, da die in-

internationalen Organisationen meist langsamer und unflexibler handeln als NROen, Anstieg der Verwaltungskosten in der humanitären Hilfe, da die Verwaltungen der internationalen Organisationen mitfinanziert werden müssen, Benachteiligung der deutschen NROen auf internationaler Ebene. Der Anteil der NROen, wie es aus dem Bericht hervorgeht, am Budget des BMZ für Nahrungsmittel, Not- und Flüchtlingshilfe ist von 28 Prozent im Jahre 2002 auf 19 Prozent im Jahre 2005 gesunken, der Anteil der GTZ stieg im gleichen Zeitraum von 25 Prozent auf 41 Prozent. Leider liegen keine vergleichbaren Zahlen des AA vor, welche Organisationen mit welchem Anteil gefördert worden sind, daher können wir leider keine Zahlen mit dem Bezug auf das AA hierzu benennen.

Nicht mit Bezug auf den Bericht, aber weil die Gelegenheit hierzu günstig ist, möchte ich auch noch auf ein anders Problemfeld hinweisen, das ist der Eigenanteil der NROen bei Zuwendungsvereinbarungen mit dem AA. Beantragt eine deutsche NRO Mittel für Projekte der humanitären Hilfe beim AA, müssen fünf Prozent von der Nichtregierungsorganisation als Eigenanteil beigesteuert werden. In anderen Staaten der Europäischen Union wird bei der Finanzierung für Projekte der humanitären Hilfe kein Eigenanteil gefordert. Da die deutschen NROen aus Zuwendungsbescheiden des AA auch keine Investitionsgüter finanzieren können und weiterhin die Kosten der Verwaltung selber tragen, sollte das AA diese fünf Prozentregelung streichen. Besser wäre noch, die Zuwendungsverträge des AA würden den Verträgen der europäischen Union angeglichen. Wenn die NROen mehr Geld aus der öffentlichen Hand fordern, dann wäre es unehrlich nicht auch darauf hinzuweisen, dass die personelle Ausstattung in den zuwendenden Stellen des AA wie auch des BMZ wahrscheinlich mit dazu beiträgt, dass bevorzugt internationale UN-Organisationen mit der Mittelvergabe beglückt werden. Die Anträge von deutschen NROen müssen bearbeitet werden, was zeitintensiv ist, es müssen Zwischenberichte eingefordert werden, es müssen Endnachweise geprüft werden, alles das entfällt bei Zuwendungen an die Vereinten Nationen, wie beispielsweise Welternährungsprogramm, UNHCR u. a..

Die Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Nierwetberg. Ich denk darauf werden wir später noch im Einzelnen eingehen. Ich gebe nun das Wort an Herrn Zentel.

Karl-Otto Zentel: Vielen Dank Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren, das Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge e. V. (DKKV) möchte hier die Gelegenheit nutzen, anhand des Berichtes der Bundesregierung noch speziell einen Punkt in diesem Bericht aufzugreifen, nämlich den Punkt Naturkatastrophen, die Trends die dazu vorliegen sowie die Katastrophenvorsorge. Es wurde durch meine Vorredner schon mehrfach angesprochen, dass Naturkatastrophen und ihre Auswirkungen Entwicklungen unterlaufen. In dem Bericht der Bundesregierung für den Zeitraum von 2002 bis 2005 wurden durchschnittlich 437 Naturkatastrophen pro Jahr registriert, was einen deutlichen Anstieg gegenüber der letzten Berichtsperiode bedeutet. Wir würden das gerne als Anlass nehmen, um zu appellieren, dass man das so nicht stehen lassen kann, sondern dass die humanitäre Hilfe Schlussfolgerungen daraus ziehen sollte und nach vorne gerichtete Missionen entwickeln sollte, wie sie mit diesen zukünftigen Entwicklungen umgehen kann. Die Bundesregierung ist in diesem Bereich schon sehr aktiv geworden. Das AA unterstützt die Vorsorge schon sehr lange und hat sich auch international hier sehr gut positioniert.

Ich möchte Ihnen eine Grafik zeigen, die die Zahl der Naturkatastrophen 1900 bis 2006 darstellt. Hier können sie deutlich den Anstieg während dieses Zeitraums erkennen. Es gibt auch einen Anstieg der Schäden, die jährlich durch Naturkatastrophen verursacht werden und wir müssen uns fragen, was die Ursachen dafür sind. Zum einen haben wir den Klimawandel und seine Auswirkungen, wie die Temperaturentwicklung, die zu erwartende Projektion der Niederschlagsentwicklungen und die Konsequenzen daraus, also wie viele Menschen bei gleich bleibenden Maßnahmen in Zukunft bei einem Anstieg von 40 cm Meeresspiegel von Sturmfluten betroffen sein werden. Dazu kommen noch die von Menschen gemachten Faktoren dazu. Bei einem Vergleich von Megacitys während eines Zeitraums von 1950 – 2015 sehen wir dramatische Entwicklungen. Dies geschieht hauptsächlich in Entwicklungsländern, da dort das schnellste Städtewachstum, ausgelöst durch Verarmung und Bodendegradation, stattfindet. Es handelt sich hauptsächlich um Städte, die sich in Risikogebieten befinden, Städte in Ländern, in denen wenig bis gar nichts getan wird, um diesem Risiko bei der Stadtentwicklung in irgendeiner Form Rechnung zu tragen. Gerade in diesem Bereich gibt es ein dramatisches Risikopotential, welches sich bereits entwickelt hat, und es gibt eine immer schnellere Entwicklung in dem Bereich des Risikopotentials, was irgendwann Konsequenzen haben wird. Wir haben 2004

den Tsunami erlebt, der ein Weckruf gewesen sein sollte. An vielen anderen Stellen der Erde hat sich inzwischen ähnliches Risikopotential entwickelt. Irgendwann wird das zu massiven Katastrophen führen, auf die die humanitäre Hilfe reagieren muss.

Diese Grafiken hier zeigen wo die Bevölkerung Naturgefahren ausgesetzt ist. Auch hier liegen die Schwerpunkte in den Entwicklungsländern. Wir haben dann hier die Darstellung der proportionalen wirtschaftlichen Verluste, die meisten absoluten wirtschaftlichen Verluste liegen zwar in Industrieländern, wie z. B. Amerika oder Deutschland nach der Elbeflut, aber gemessen am Anteil des Bruttoinlandsproduktes sind das ganz andere Faktoren, über die wir hier reden, die sich bei Entwicklungsländern ohne weiteres im zweistelligen Bereich bewegen wenn Naturkatastrophen zuschlagen. Dann haben wir hier die Verteilung der Todesopfer durch Naturkatastrophen. Auch hier sehen wir wieder den Schwerpunkt Afrika. Zusammenfassend kann man sagen, dass die Risikoentwicklung, die wir sehen, dynamisch ist, und zwar in einem erschreckend hohen Maße. Wir haben im Moment ein sehr gutes Produkt der humanitären Hilfe in Deutschland, wir haben humanitäre Hilfe von Hilfsorganisationen auch mit Unterstützung der Bundesregierung, die international anerkannt ist und einen guten Ruf hat. Aber es werden neue Anforderungen kommen und wir sollten diesen Bericht als Grundlage nehmen, um zu sagen, wie wir daraus Projektionen entwickelt können, wie wir daran arbeiten können eine humanitäre Hilfe für die Zukunft aufzustellen. Sind die Instrumente, die Formen der Zusammenarbeit, die wir zurzeit haben, dazu geeignet dieses zu leisten, oder müssen wir nach neuen Wegen suchen und uns strategisch ausrichten? Dazu kann Vorsorge natürlich einen Beitrag leisten, indem man fach- und organisationsübergreifend stärker zusammenarbeitet, also wissenschaftliche Erkenntnisse möglichst direkt in Strategien der humanitären Hilfe umsetzen. So dass wir auf der Basis dieser Erkenntnisse auch Katastrophenrisiken und –szenarien entwickeln können, die uns als Grundlage dafür dienen, wie unserer Hilfsmaßnahmen in Zukunft strukturiert sein müssen. Der Klimawandel, den wir heute vor uns haben, ist natürlich global, die Auswirkungen daraus aber sind lokal. Wir müssen also weiter daran arbeiten, auch auf regionaler und lokaler Ebene, um Projektionen dafür zu haben, womit wir rechnen müssen. Daran könnte sich dann die humanitäre Hilfe ausrichten.

Die Vorsitzende: Herzlichen Dank für die Grafiken, die Sie uns mitgebracht haben, um uns das ganze Ausmaß noch einmal vor Augen zu führen. Ich würde jetzt gerne der Leiterin der Abteilung Humanitäre Hilfe im AA, Frau VLR'in I Müller, das Wort geben.

VLR'in I Ursula Brigitte Müller: Verehrte Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Vertreter der deutschen Hilfsorganisationen und liebe Zuschauer, ich möchte dem Ausschuss für die Möglichkeit danken, hier kurz die Grundlinien der Politik der humanitären Hilfe der Bundesregierung darstellen zu können. Ich danke auch für die Anmerkungen, die Anerkennung und die konstruktive Kritik auf die ich gerne eingehen werde.

Die humanitäre Hilfe im Ausland ist ein wichtiges Aktionsfeld deutscher Außenpolitik. Bei nahezu allen Naturkatastrophen oder durch politische Krisen verursachte humanitären Katastrophen leistet das AA seit vielen Jahren schnell und effektiv humanitäre Hilfe. Daran schließt sich oft die entwicklungsorientierte Nothilfe des BMZ an, die die Lücke zu der erst später einsetzenden langfristigen Entwicklungszusammenarbeit schließen soll. Diese Struktur der deutschen humanitären Hilfe, gerade auch die Arbeitsteilung AA mit dem BMZ, hat sich vielfach bewährt. Ich räume ein, dass es hier Abstimmungsbedarf gibt, die Koordination ist gut, aber es heißt auch nicht, dass Gutes nicht noch besser werden kann. Die schnelle und wirksame humanitäre Hilfe der Bundesregierung rettet nicht nur unzählig Menschenleben und lindert das Leid der betroffenen Bevölkerung, sondern ist auch ein Ausweis der deutschen Krisenreaktionsfähigkeit. Beispielhaft dafür ist unsere humanitäre Hilfe im Libanon und in Somalia, die jeweils unmittelbar nach Einsetzen der Kampfhandlungen geleistet wurde. Durchgeführt wird die humanitäre Hilfe im Regelfall von Zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich den Prinzipien der Neutralität, der Unabhängigkeit und der Unvoreingenommenheit verpflichtet haben. Diese erhalten etwa die Hälfte der Haushaltsmittel des AA. 2006 gingen an deutsche Nichtregierungsorganisationen über 50 Prozent an die VN-Organisationen 36 Prozent der Mittel. Wegen des Grundsatzes der Subsidiarität staatlicher Hilfe kommen staatliche Akteure vergleichsweise selten zum Einsatz, bei uns gibt es da das Technische Hilfswerk (THW), dessen humanitäre Auslandseinsätze durch das AA finanziert werden. Das THW ist spezialisiert auf Wasserversorgung, Bergung und Notreparaturen. Bundeswehreinsätze zur Unterstützung humanitärer Hilfsmaßnahmen erfolgen nur dann, wenn zivile Akteure die

entsprechenden Leistungen nicht erbringen können. Sie werden in aller Regel vom BMVg selbst finanziert.

Sie sprachen an, dass die CIMIC-Leistungen in einer Tabelle aufgeführt werden. Ich kann dazu sagen, dass es keine finanzielle Unterstützung durch das AA im gesamten Berichtszeitraum für CIMIC-Maßnahmen gab. Diese Tabelle könnte man aus Sicht des AA auch weglassen. Im Berichtszeitraum 2002 – 2005 hat die Bundesregierung deutschen Hilfsorganisationen und internationalen Organisationen für humanitäre Hilfe über 900 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Aus diesen Mitteln wurden weltweit humanitäre Hilfsprojekte, Maßnahmen des humanitären Minenräumens und der Katastrophenvorsorge unterstützt, sowie nichtzweckgebundene Beiträge an internationale Organisationen mit humanitären Aufgaben geleistet. Deutschland zählt damit weiterhin zu den wichtigsten Geberländern der humanitären Hilfe. Schwerpunkte sind die Bereiche Trinkwasser, Notunterkünfte, sanitäre Einrichtungen, Zusatznahrung und medizinische Notversorgung. Der überwiegende Teil der Mittel wird dabei für humanitäre Unterstützung in so genannten komplexen Krisen wie Sudan/Darfur, Somalia oder Demokratische Republik Kongo gewährt. Auch wenn die öffentliche Aufmerksamkeit und das Medieninteresse oft auf die spektakulären Naturkatastrophen gerichtet ist, wie z. B. der Tsunami vom 26. Dezember 2004. Weitere verheerende Naturkatastrophen – und die Zahl der Naturkatastrophen nehmen zu – waren das Erdbeben im Iran 2003 und Pakistan 2005 sowie die Wirbelstürme in Mittel- und Nordamerika 2005. In einigen Regionen, auf denen während des Berichtszeitraums zeitweise der Fokus der internationalen Gemeinschaft und der humanitären Organisationen lag, wie z. B. Afghanistan und Südsudan, hat sich die humanitäre Lage inzwischen verbessert, wenngleich das für die Sicherheitslage nicht gilt. Andere kriegsgeschüttelte Länder und Regionen, wo die humanitäre Lage zum Teil seit vielen Jahren besorgniserregend ist, haben einen unvermindert hohen Hilfsbedarf, wie z. B. die Demokratische Republik Kongo, die sudanesischen Region Darfur und die Länder am Horn von Afrika.

Sie hatten erwähnt, dass im Berichtszeitraum die Hilfe für Europa relativ hoch ist und für Afrika gering. Das liegt daran, dass erhebliche Mittel aus dem Stabilitätspakt Südosteuropa in diesen Zeitraum fallen. Wenn man diese weglässt, haben wir für den Zeitraum 2002 – 2005 einen Anteil für Afrika von 43 Prozent.

Ich möchte noch etwas zum humanitären Imperativ sagen. Humanitäre Hilfe erfolgt ohne politische, wirtschaftliche oder sonstige Konditionierung und nur gemäß dem humanitären Bedarf. Humanitärer Imperativ heißt auch, dass die Bundesregierung unabhängig von politischen, ethischen oder religiösen Erwägungen Hilfe leistet. Sie handelt aus ethischer Verantwortung und ausschließlich, um das Leid der Bevölkerung zu lindern. Das bedeutet, dass humanitäre Hilfe sich nicht in umfangreiche politische Agenden einordnen lässt. So wird z. B. humanitäre Hilfe in Somalia nicht geleistet, um die Übergangsregierung zu stabilisieren, sondern um den Menschen das Überleben zu sichern. Die Unabhängigkeit der humanitären Hilfe ist unverzichtbar. Sie ist kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung für die Arbeit der Hilfsorganisationen auch in einem konfliktgeprägten Umfeld. Die öffentlichen Mittel sind oft von entscheidender Bedeutung, denn sie stehen den Hilfsorganisationen sehr kurzfristig zur Verfügung, wenn nötig binnen Stundenfrist und ermöglichen unmittelbares Tätigwerden, unabhängig von einem eventuellen Spendenaufkommen der Organisation. Ganz aktuell hat das AA über 700.00 Euro bereitgestellt, daraus haben vier deutsche Hilfsorganisationen Maßnahmen in Mosambik eingeleitet, dort gibt es gleichzeitig eine Dürre und Überschwemmungen. Mit den wichtigsten deutschen Hilfsorganisationen arbeitet das AA im alle zwei Monate tagenden Koordinierungsausschuss humanitäre Hilfe zusammen. International ist das AA im Exekutivrat von IKRK, UNHCR sowie den Geberunterstützungsgruppen, den so genannten Donor Support Groups, der internationalen humanitären Organisationen vertreten. Wir arbeiten international eng mit unseren Partnern in der EU und den Vereinten Nationen zusammen. Wir erkennen die zentrale Rolle von UNOCHA an. Die von einigen Ländern angestrebte Stärkung des humanitären VN-Systems im Rahmen der gesamten VN-Reformpläne darf nicht zu Lasten der Nichtregierungsorganisationen als eigentliche Träger der humanitären Hilfe erfolgen. Wir haben daher Verständnis für die Skepsis, die die Zivilgesellschaft einigen Aspekten der Reformbemühungen der VN entgegen bringt. Etwa in den Bereichen zentralisierte Finanzierung und Koordinierung durch den so genannten Cluster Approach, das ist eine Verteilung der Zuständigkeit der Verantwortung für einzelne Bereiche an VN-Organisationen in einer humanitären Krise, wo eine Organisation zuständig ist für Wasser, eine für Unterkunft und eine für die medizinische Versorgung. Wir vertreten daher international den Grundsatz der Diversität der humanitären Hilfe, d. h. wir sind für eine Pluralität der Akteure. Wir erkennen einerseits an, dass von einigen Geberregierungen massiv unterstützte Interesse der

Vereinten Nationen an möglichst vorhersehbarer und flexibler Finanzierung. Andererseits liegt der Schwerpunkt deutscher humanitärer Hilfe auf der flexiblen, bedarfsorientierten Förderung einzelner Hilfsprojekte, vor allem durch Nichtregierungsorganisationen, die in Zusammenarbeit mit örtlichen Partner – das ist ganz wichtig – oft mehr noch als die Vereinten Nationen fast überall Zugang haben. Damit erfüllen wir nicht nur haushaltsrechtliche Vorgaben, sondern unterstützen auch schnell und unbürokratisch wirksame und vergleichsweise kostengünstige Hilfsmaßnahmen, die direkt bei den Hilfsbedürftigen ankommen.

Wenn wir uns an dem CERF, dem Nothilfefonds der Vereinten Nationen, der durch die Resolution der Generalversammlung vom Dezember 2005 ins Leben gerufen wurde, trotz vieler offener Fragen künftig beteiligen wollen, dann deshalb, weil wir seine grundsätzliche Berechtigung anerkennen und uns an der verbesserten Ausgestaltung seiner Regeln beteiligen wollen. Aufgabe des Fonds ist es, den Vereinten Nationen eine schnelle Reaktion in humanitären Notlagen bzw. in klassisch unterfinanzierten Krisen zu ermöglichen. Wir unterstützen den Wunsch der Nichtregierungsorganisationen, neben den VN-Organisationen ebenfalls Zugang zu den Mitteln des CERF zu erhalten.

Deutschland nutzt seine EU-Ratspräsidentschaft, um gemeinsame europäische Grundprinzipien in der humanitären Hilfe und der Katastrophenvorsorge festzustellen und zu verabschieden. Diese Grundprinzipien sollen die humanitäre Politik aller 27 EU-Staaten widerspiegeln, aber eine erkennbare deutsche Handschrift tragen. Ende März 2007 wird ein informelles Treffen des EU-Ausschusses für humanitäre Hilfe hier in Berlin stattfinden, zudem wir eingeladen haben. Ich hoffe, dass wir dann zur humanitären Hilfe und zur Katastrophenvorsorge Grundsatzpapier verabschieden können. Doch nicht nur im europäischen Rahmen will die Bundesregierung das Thema Katastrophenvorsorge weiter fördern, sondern auch in ihrer bilateralen humanitären Arbeit. So wollen wir auch in Zukunft einen Teil der Haushaltsmittel der humanitären Hilfe für Projekte der Katastrophenvorsorge aufwenden. Im Berichtszeitraum waren das 14,4 Mio. Euro. So können Menschenleben gerettet und die Schäden durch Naturkatastrophen begrenzt werden.

Im Bereich humanitäres Minenräumen konnten im Berichtszeitraum weltweit große Fortschritte erzielt werden und daran hat sich Deutschland als einer der größten Geber beteiligt, im Berichtszeitraum mit 64,7 Mio. Euro. Dabei ist zu berücksichtigen, die Vision einer völlig minenfreien Welt ist mittelfristig nicht zu erreichen. Strategisches Ziel ist vielmehr, dass Landminen und Blindgängermunition möglichst keine Auswirkungen auf die Menschen haben und keine Opfer verursachen. Im Vergleich zu anderen globalen Problemen ist das Landminenproblem in einem überschaubaren Zeitraum zwischen fünf und zehn Jahren weitgehend lösbar. Diese einzigartige Gelegenheit, ein gravierendes, humanitäres Problem aus der Welt zu schaffen, erfordert allerdings in diesem Zeitraum weiterhin ein konstantes Engagement der Geberländer. Die Bundesregierung sollte daher die Mittel für humanitäre Minenräumung in den nächsten fünf Jahren auf einem angemessenen Niveau halten und das wird in unserem Haushaltsantrag für 2008 so berücksichtigt werden. Erfreulicherweise wurden die Mittel für das humanitäre Minenräumen in diesem Jahr gegenüber dem Haushaltsansatz des Vorjahres etwas erhöht und hierfür danke ich dem Deutschen Bundestag und der Initiative dieses Ausschusses. Es wäre also aus den genannten Gründen wünschenswert, wenn wir die Mittel auch im kommenden Jahr auf diesem Niveau halten könnten.

In der humanitären Hilfe stehen für das Haushaltsjahr 2007 exakt 50 Mio. Euro zur Verfügung, damit kann das AA einen substanziellen Beitrag zur Linderung der Not in der Welt leisten. Allerdings bleibt dieser Mittelansatz im internationalen Vergleich niedrig. Im OECD-Durchschnitt werden sieben Prozent der ODA-Mittel für humanitäre Hilfe aufgewandt. Deutschland liegt dort bei 2,7 Prozent. Im Rahmen des in der EU vereinbarten Stufenplans zur Erreichung des 0,7 Prozent ODA-Ziels bis zum Jahr 2015 strebt das AA mittelfristig eine Erhöhung der Mittel bei dem Titel humanitäre Hilfe außerhalb der Entwicklungshilfe auf 100 Mio. an. Diese Erhöhung wäre nur ein Bruchteil dessen, was wir zur Erreichung des 0,7 Prozent-Ziels an zusätzlichen Mitteln im Haushalt des BMZ einstellen müssten. Unser bereits erwähnter angestrebter Beitrag zum CERF sollte allerdings nicht zu Lasten dieser Projektmittel gehen, sondern zusätzlich bereitgestellt werden. Unabhängig von der Höhe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel wird sich die Bundesregierung – und hier spreche ich für alle Ressorts – auch in Zukunft darum bemühen, dass die deutsche humanitäre Hilfe schnell und wirksam hilft und ihre hohe internationale Wertschätzung behält.

Die Vorsitzende: Ich gehe davon aus, dass wir Ihre Intervention schriftlich bekommen, so dass wir diese an alle verteilen und ins Internet stellen können.

Ich habe schon eine ganze Reihe von Wortmeldungen erhalten. Zum einen Abg. Strässer, Abg. Steinbach und Abg. Toncar.

Abg. Strässer: Ich möchte mich bedanken, dass wir diese Diskussion heute möglich machen konnten, insbesondere bei Ihnen, dass Sie sich die Zeit genommen haben, uns ihre Kritik mitzuteilen. Ich hätte einige grundsätzlicher Fragestellungen, die vielleicht auch ein Stück weit mit Verständnisproblemen zu tun haben.

Die erste Frage geht sowohl an alle Experten als auch an das AA. Als jemand, der damit relativ wenig zu tun hat, erstaunt mich das Konkurrenzverhältnis zwischen dem AA und dem BMZ. Natürlich ist in der Situation, in der humanitäre Hilfe geleistet werden muss, zunächst einmal wichtig, dass die Hilfe geleistet wird, und erst in zweiter Linie, von wem sie geleistet wird. Deshalb stellt sich mir die Frage, ob sie in der Abwicklung von Hilfsprojekten, wenn es um Zeitfragen geht, wegen überschneidender Kompetenzen Schwierigkeiten haben, zeitnah Mittel zu bekommen, um den Menschen in den betroffenen Regionen zu helfen. Dann haben sie den Eigenanteil von fünf Prozent für die NROen angesprochen. Ich würde gerne wissen, ob dieser sich nur auf die Projekte, die vom AA gefördert werden, bezieht, jedoch nicht auf die vom BMZ.

Eine weitere Frage wäre die nach der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen im Bereich der Not- und Katastrophenhilfe und ihr Verhältnis zur militärischen Absicherung. Wir diskutieren im Moment gerade wieder über eine Ergänzung des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan und ich glaube jeder von uns bekommt aus seinem Bereich unterschiedliche Rückmeldungen. Die einen sagen, dass eine erhöhte militärische Präsenz in diesen Not- und Katastrophenregionen nachvollziehbar sei, aber das Risiko für Nichtregierungsorganisationen erhöhe, weil sie dann auch als Teil der militärischen Auseinandersetzung gesehen werden und in relativ gefährlichen Situationen arbeiten. Die anderen sagen, es ist auch klar, dass in solchen Situationen, wo auch noch militärische Konflikte ausgetragen werden, die Sicherheitslage vorhanden sein muss, damit überhaupt zivile Unterstützung und ziviler Aufbau möglich ist. Dies

stellt für mich einen Widerspruch dar, den ich für mich persönlich nicht auflösen kann. Sie werden mir wahrscheinlich darauf jetzt auch keine Antwort geben können. Für mich persönlich und für die Entscheidung die wir zu treffen müssen, wäre es schon wichtig zu erfahren, wo sie dort die Abgrenzung sehen. Wann sind sie bereit in eine solche Region hineinzugehen und dort ihre Unterstützung zu leisten, wenn der militärische Konflikt auf der einen Seite noch nicht beendet ist, und auf der anderen Seite die Katastrophe, in der sie helfen müssten, bereits gegeben ist.

Des Weiteren würde ich gerne wissen, wie sie die Konkurrenzsituation zwischen deutschen NROen und den VN-Organisationen sehen. Ich habe gerade an einer Delegationsreise nach Israel und Palästina teilgenommen, wo seit vielen Jahren die Vereinten Nationen mit ihren Hilfsorganisationen aktiv sind, wo ich allerdings nicht den Eindruck hatte, dass es große Probleme in der Abgrenzung, wer die Hilfeleistung erbringt, gibt. Wenn ich sie richtig verstanden habe, ist es so, dass sie bemängeln, dass die Förderung an eine VN-Organisation geht, die dann aber nationale Nichtregierungsorganisationen vor Ort beauftragt, aktiv zu werden. Ich habe den Eindruck, dass während der ablaufenden Dürrekatastrophe in Mali und Niger Anfang 2006, eine nicht vor Ort arbeitende deutsche NRO kaum die Chance gehabt hätte, Menschenleben zu retten, und dass z. B. UNOCHA dort das richtige Instrument gefunden hat, um die Katastrophe zu lindern und den Menschen zu helfen. Es würde mich daher interessieren, in welchem Sinne sie dort eine Konkurrenz empfinden und warum sie glauben, dass sie die Arbeit besser machen könnten als eine VN-Organisation.

Abg. Steinbach: Zunächst möchte ich mich für die Arbeit der Hilfsorganisationen bedanken. Wir könnten im Haushalt so viel Mittel einstellen, wie wir wollten, qualitativ umzusetzen ist das nur mit der Hilfe der NROen. Vor diesem Hintergrund können wir sicher sein, dass es Deutschland möglich ist, schnelle und qualitativ hochwertige Hilfe mit Ihrer Kompetenz zu leisten. Es wurde angesprochen, dass man eine Perspektive entwickeln solle, die darauf abstellt, wie wir mit Klimakatastrophen umgehen sollten. Das ist schwierig, denn wir wissen, dass Flutkatastrophen deshalb soviel Opfer fordern, weil die Siedlungsdichte zum Meer einfach fahrlässig gewählt ist. Wir können den Menschen aber dort nicht vorschreiben, ihre Siedlungen an der Küste aufzugeben, denn wie wir auch in Deutschland sehen, besiedelt der Mensch leichtfertig gerne Gegenden, wo es am Ende zu solchen Katastrophen kommt.

In dem Bericht ist auch aufgeführt, was an Hilfsaktionen im Zusammenhang mit Einsätzen der Bundeswehr geleistet wird. Natürlich könnte man das weglassen, aber ich bin ganz dankbar dafür, dass das erkennbar ist, denn auch das nützt den Menschen und wir im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe haben Interesse daran zu sehen, wo Hilfe für Menschen geleistet wird. Wenn also ein militärisches Engagement, was friedensstiftend wirken soll, am Ende auch von wertvoller Hilfe für Menschen begleitet wird, halte ich es für wichtig, dass das in einem solchen Bericht mit aufgeführt wird, selbst wenn es nicht aus dem Etat der Ministerien stammt, für die wir mehr oder weniger zuständig sind. Für mich ist es eine Hilfestellung, um zu sehen, von wo das Geld kommt und aus welchem Anlass Hilfe geleistet wird.

Abg. Toncar: Ich möchte mich dem Dank meiner Kollegen anschließen. Ich habe zwei Fragen an Herrn Lieser. Zum einen haben Sie die Verknüpfung zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe angesprochen und sie als verbesserungsbedürftig bezeichnet. Glauben sie, dass es möglich ist, die bisherigen Strukturen möglichst so zu verbessern, dass es für sie hilfreich ist? Glauben sie, dass man das anders eingruppieren sollte, oder meinen sie, dass organisatorische Veränderungen notwendig werden, also dass die humanitäre Hilfe in nur ein Ministerium integriert werden sollte?

Zum anderen möchte ich auf Ihre Aussagen eingehen, dass es vier bis sechs Monate dauern würde bis Sie beantragte Projekte dann auch durchführen könnten. Mich würde interessieren, woran das konkret liegt. Liegt es daran, dass die Bewilligung solange dauert oder dass die Auszahlung sich verzögert, und was kann man tun, um das zu verkürzen?

Ich würde mir auch wünschen, dass sie, Frau Müller, auf das eingehen, was an Anregungen und Kritik gekommen ist. Es waren bei allen Sachverständigen Punkte dabei, auf die die Bundesregierung auch antworten und eingehen sollte, wie z. B. die lange Bearbeitungszeit von Anträgen und dass Hilfe nicht nur nach humanitären Erfordernissen sondern zum Teil auch nach medialer Aufmerksamkeit vergeben wird. Dann gab es noch die Anregung, dass zivil-militärische Zusammenarbeit definiert wird. Auch das ist ein Feld, in dem man noch weiter voranschreiten könnte. Was

mich besonders erschreckt hat, ist das, was Herr Nierwetberg zum Anteil der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen gesagt hat. Auch dazu würde ich mir von Ihnen noch einige Anmerkungen wünschen. Denn wenn das tatsächlich so ist, dass der Anteil von 28 auf 19 Prozent gesunken ist und der der GTZ im gleichen Zeitraum von 25 auf 41 Prozent gestiegen, dann wäre das eine Entwicklung, die ich so nicht mittragen könnte.

Abg. Dr. Wodarg: Auch ich schließe mich dem Dank der Vorredner an. Ich möchte ein ganz anderes Thema ansprechen und zwar die Frage des Sicherheitsaufwandes, den Sie betreiben müssen, um in der Welt Hilfe leisten zu können. Mich würde dort eine Abschätzung des prozentuellen Anteils des Aufwands interessieren, damit sie dort sicher ihrer Arbeit nachgehen können. Ich habe gehört, dass in den letzten Jahren mehr humanitäre Helfer in Krisengebieten gestorben sind als Soldaten. Ich weiß auch, dass es zunehmend Dienstleistungsunternehmen gibt, die sich auf den Schutz von humanitären Organisationen spezialisieren. Nehmen sie solche privaten militärischen Dienstleister in Anspruch? Falls sie das tun sollten, nehmen sie diese aus Deutschland mit, oder heuern Sie diese vor Ort an? Ist ihnen bekannt, dass andere humanitäre Organisationen, internationale oder nationale, hier einen größeren Aufwand treiben als Sie? Ist dort eine Tendenz erkennbar, oder spielt das bei ihnen, ihrer Ansicht nach, keine große Rolle?

Abg. Fischer: Ich möchte einige Feststellungen machen, da ich glaube, dass diese so nicht im Raum stehen bleiben können. Wenn man bei der Tabelle, die sie, Herr Nierwetberg, verteilt haben, beispielsweise das Jahr 2005 betrachtet, wurde der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unterrichtet, dass der hohe Anteil der GTZ mit dem Tsunami zusammenhängt, denn da gab es bei den privaten NROen ein sehr hohes Spendenaufkommen. Gleichzeitig hatte die GTZ aber die Durchführungsorganisation in den Krisengebieten vor Ort und deshalb gab es im Jahr 2005 einen einmaligen Anstieg, der aber jetzt, im Jahr 2006, wieder zurückgegangen ist.

Vor wenigen Tagen hatten wir einen Zyklon in Mosambik gehabt, die Bundesregierung hat innerhalb von sechs Tagen 1,4 Mio. Euro an Soforthilfe für vier NROen zur Verfügung gestellt. Wenn es also zu solchen Auszahlungs- oder Genehmigungsver-

zögerungen kommt, dann brauchen wir als Abgeordnete von Ihnen konkrete Beispiele, damit der Ausschuss nachhaken kann, sonst hilft uns das nicht weiter. Es gab dann noch eine zusätzliche Million für den Etat des nationalen Instituts Katastrophen Management, der auf 3,75 Mio. erhöht worden ist. Wie können wir erreichen, dass wir eine von ihnen bessere Verzahnung beim Wiederaufbau erreichen?

Auch zur Bürokratisierung habe ich die Bitte, dass Sie uns einen Katalog von 10 bis 15 Punkten erstellen, wo die Bürokratie unserer Ministerien Sie in ihrer Aufgabe behindert. Dann könnten wir versuchen, Veränderungen, die irgend möglich sind, herbeizuführen. Ich habe nach den Beiträgen den Eindruck, dass es eine Konkurrenz zwischen den NROen und den VN-Organisationen gibt. Aber ich kann nur sagen, dass überall dort, wo ich bereits im Ausland gewesen bin, zwischen den deutschen Durchführungsorganisationen und den NROen die Zusammenarbeit optimal klappt. Wenn das jedoch in konkreten Fällen nicht so sein sollte, dann sollten Sie uns das natürlich sofort vortragen. Dass es bei der Verteilung der Mittel immer Interessenlagen gibt, das ist vollkommen klar.

Die Vorsitzende: Die Anregungen, dass wir von Ihnen konkret wissen möchten, wenn etwas nicht so läuft, wie es sollte, die sollten Sie sehr ernst nehmen. Das gilt nicht nur im Bereich der Zusammenarbeit der Ministerien oder der Antragsbearbeitung, sondern das gilt auch bei der Frage des Eigenanteils von fünf Prozent bzw. der Bevorzugung deutscher NROen im europäischen Bereich oder europäischer NROen durch andere Regelungen. Ich habe noch nicht ganz verstanden, worum es da im Einzelnen geht. Ein Problem, was mir häufiger begegnet ist, dass wir auf der einen Seite wissen, dass es nicht nur die internationalen staatlichen und die VN-Hilfsorganisationen, für deren Hilfe wir außerordentlich dankbar sind, sondern auch kleinere lokale Träger gibt, die in einer unglaublich intensiven und auch sehr persönlichen Art und Weise sehr schnell helfen können. Die sagen mir auch manchmal, dass sie gewisse Probleme hätten, wenn sie versuchten für ihre Hilfsmöglichkeiten noch zusätzliche Hilfe zu bekommen. Wenn Sie das damit gemeint haben sollten, dann wären wir auch dort für Beispiele dankbar, denn mit denen könnten wir dann wieder arbeiten.

Wir stellen oft fest, wenn wir im Ausland sind, dass es gelegentlich eine große Zahl von NROen gibt, die bestimmt alle eine hervorragende Arbeit leisten, die gerade in einer Notsituation im jeweiligen Land unglaublich viele personelle Kapazitäten binden können. Das heißt, man braucht eine Form der Koordinierung, die eine vernünftige Balance herstellt. Ich weiß, dass sich die Kollegen aus dem AA oder auch dem BMZ darum bemühen. Ich wüsste nur gerne, ob es das ist was Sie meinten, oder ob es bestimmte zusätzliche Vorstellungen gibt, die zu einer Verbesserung führen könnten, und die wir in die Diskussion, die wir dann mit der Bundesregierung führen werden, und zu den Empfehlungen mit aufnehmen könnten.

Mich hat das, was Sie, Herr Zentel, sagten, ausgesprochen beeindruckt. Ich würde nun gerne wissen, ob es im Bezug auf die strategische Anlage der verschiedenen Formen von humanitärer Hilfe von Ihrer Seite Überlegungen gibt, die wir aufgreifen könnten. Ich wäre ihnen dankbar, wenn sie dazu noch etwas sagen könnten, es kann aber auch in schriftlicher Form sein.

Abg. Karl: Ich habe an Herrn Zentel eine in die ähnliche Richtung gehende Nachfrage. Was mir bei Ihnen gefallen hat, ist, dass Sie sehr deutlich gesagt haben, dass Sie von der Bundesregierung bisher gut unterstützt worden sind. Die Zahl von 437 Naturkatastrophen im Berichtszeitraum von 2002 – 2005 und auch die Folie mit den Entwicklungen der Metropolregionen sind natürlich schon erschreckend. Sie fragten, ob die bisherigen Formen der Zusammenarbeit bei wahrscheinlich verstärkt auf uns zukommenden Katastrophen denn noch geeignet wären, wie müssen wir darauf reagieren und wie müssen unsere Vorsorgemaßnahmen aussehen? Das sind die Punkte, die uns auch als Antwort interessieren würden und nicht bloß als Frage. Wie ist Ihre Einschätzung und welche Auswirkungen hätte dies dann auf die Politik. Allein mit der Bereitstellung von mehr Geld, denke ich, wird sich das nicht ändern lassen.

Abg. Beck: Wir hier im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe schätzen es sehr, dass es die NROen gibt, die vor Ort tätig sind und ihr zusätzliches Engagement und teilweise auch zusätzliche Spendengelder mit in ihre Arbeit einbringen und so die Maßnahmen, die die öffentliche Hand unterstützt, doch erheblich verstärken. Das ist sehr wichtig, weil dadurch eine sehr viel stärkere Diversifizierung bei den Ansätzen möglich ist. Ich möchte, da bereits sehr viele Punkte angesprochen sind,

zu einem randständigen Thema eine Frage stellen. Ich habe gehört, dass im Rahmen des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen noch immer Nahrungsmittelhilfen mit genmanipulierten Mais und Weizen aus US-Agrarüberschüssen in Entwicklungsländer gebracht werden. Daher die Frage an alle, auch an die Bundesregierung, ob sie diese Informationen bestätigen können und wie sie diese beurteilen.

Die Vorsitzende: Ich möchte sie nun bitten, dass sie die jeweiligen Punkte herausgreifen, die ihnen ganz besonders wichtig sind. Wenn sie das in jeweils fünf Minuten tun könnten, fände ich das hervorragend. Ich würde dann vorschlagen mit Herrn Nierwetberg zu beginnen.

Wolfgang Nierwetberg: Ich möchte auf die Frage nach den fünf Prozent Eigenbeteiligung der NROen bei Finanzierungen eingehen. Das bezieht sich ausschließlich auf Finanzierungen des AA, nicht auf die Finanzierungen durch das BMZ. Ich möchte unterstreichen, dass uns das dann Probleme macht, wenn es z. B. um vergessene Katastrophen oder um Katastrophen geht, auf die die Öffentlichkeit nicht durch die Medien fokussiert wurde. Hier kommt es auch oft vor, dass wir entweder unsere Spenden bereits ausgegeben haben oder keine Spenden erhalten haben, so dass wir dann diese fünf Prozent aus den Spenden dann gar nicht oder nur sehr schwer erbringen können. Aktuell gibt es dort einen Fall, über den wir auch mit dem AA diskutiert haben.

Dann möchte ich auf die Frage NROen versus VN-Organisationen eingehen. Hier darf man das nicht so schwarz/weiß sehen, wie es in der ersten Darstellung vielleicht gemacht wurde. Wir haben gut Erfahrungen mit VN-Organisationen gemacht, wir haben aber auch leider überwiegend schlechte Erfahrungen gemacht. Im Niger vor zwei Jahren war es z. B. so, dass die Problematik Heuschrecken und Dürre zwar schon frühzeitig durch die Regierung Nigers angezeigt worden war, dann aber von dem Tsunami überlagert wurde. Da wurden die meisten Kapazitäten der Hilfswerke auf diese Naturkatastrophe fixiert. Dadurch kam es, dass die Problematik des Niger erst sehr spät Aufmerksamkeit zukam, und da hat das Welternährungsprogramm hervorragend reagiert. Sie haben dann, als es bereits ziemlich spät war, Nahrungsmittel in den Niger und die umliegenden Regionen umgeleitet, um sie mit Hilfe der NROen,

und HELP war eine davon, an die betroffenen Menschen zu verteilen. Wer aber immer wieder auf diesen Konflikt aufmerksam gemacht hat, das war Ärzte ohne Grenzen und keine VN-Organisation. Der negative Fall, den ich hier auch vorbringen möchte, ist z. B. die Zusammenarbeit mit dem Welternährungsprogramm in Simbabwe, wo wir ein recht ambitioniertes Projekt einstellen mussten, es ging hier um die Versorgung von über 40 bis 50.000 unterernährten Kindern in den großen Städten, weil das Welternährungsprogramm seinen mit uns vereinbarten Lieferverpflichtungen nicht nachkommen konnte. Die Gelder, die uns zur Verteilung dieser Nahrungsmittel an die betroffenen Familien zustanden, wurden uns erst nach langem Drängen mit zweijähriger Verzögerung ausgezahlt. Zuvor wurde noch diskutiert, und jeder, der Simbabwe kennt, weiß was das bedeutet, ob dieses Geld möglicherweise in lokaler Währung ausgezahlt werden kann.

Karl-Otto Zentel: Ich beziehe mich mit meinen Antworten auf Fragen von Abg. Steinbach und die Frage von Abg. Karl. Wir haben mit der Frage der Vorsorge natürlich eine Schnittmenge, die auch sehr stark in den Entwicklungsbereich hineingeht. Humanitäre Hilfe setzt aber direkt nach dem Ereignis ein. Hier müssen wichtige erste Impulse gesetzt werden, auf die dann die weitere Entwicklung aufbaut. Wir müssen realisieren, dass Wiederaufbau nach einer Katastrophe gerade in den Entwicklungsländern viel schneller stattfindet, als wir es uns denken. Dann findet der genau dort statt, wo er nicht stattfinden sollte und dann findet er so statt, wie er nach Möglichkeit auch nicht stattfinden sollte. Erste Ansätze dazu wären zum einen die Entwicklung von klaren Modellen des Wiederaufbaus unter den verschiedenen Gegebenheiten. Man kann mit einfachen Mitteln im Wasser-, Sanitär- und Hausbaubereich deutliche Verbesserungen sicherstellen, um die Anfälligkeit gegen ein erneutes Eintreten dieses Naturereignisses zu reduzieren. Das muss allerdings konsequent fortgesetzt werden. Das ist die Schnittstelle, wo es dann in den Bereich Wiederaufbau und den Bereich Entwicklung übergeht, wo wir wichtige Impulse setzen müssen. Hier kommt der wichtige Startpunkt der humanitären Hilfe, den wir damit setzen können, der dann aufgegriffen und weitergeführt werden muss. Die humanitäre Hilfe heute sollte sich mit der Überlegung beschäftigen, wo die Risiken sind und was die großen Ereignisse sind, die wir wahrscheinlich vor uns haben werden und ob wir darauf eingerichtet sind. Ist die humanitäre Hilfe eingerichtet auf ein Ereignis in einer Großstadt in einem Entwicklungsland, oder ist die humanitäre Hilfe mehr auf den ländlichen Raum

fixiert? Das sind Fragestellungen, die man in den Raum stellen muss. Da sind dann auch die Organisationen gefragt, die mit lokalen Partnern zusammenarbeiten, die dann ausgehend von einer Bewertung von Risikoentwicklungen ihre lokalen Partner fit machen müssen für die humanitäre Hilfe. Nicht nur Entwicklung langfristig angelegt, sondern auch die Frage, wie kann ich damit umgehen, wenn ein Naturereignis eintritt und die Katastrophe ausbricht. Das sind erste Überlegungen und ich denke, dazu gibt es sehr viel Material, aber es gibt ja auch Aussagen, wie bei der Weltbank, die aufzeigen, wo die „Hotspots“ hier entstehen und wo vorbeugend Netze und Strukturen aufgebaut werden können, die dann im Ereignisfall schnell aktiv werden können und die Kenntnisse mitbringen sollten, wie sie den Wiederaufbau von Anfang an verbessert herstellen.

Dr. Hans-Joachim Preuss: Ich möchte auf drei Fragen eingehen. Einmal die nach den genetisch modifizierten Nahrungsmitteln. Die zweite Frage nach dem Sicherheitsaufwand für die Arbeit von NROen und auf die Frage nach dem Verhältnis von NROen zum Militär.

Natürlich gibt es weiterhin Nahrungsmittelhilfe mit genetisch modifiziertem Getreide, das in die Entwicklungsländer geliefert wird. Das hat etwas damit zu tun, dass ein Großteil des Beitrags für das Welternährungsprogramm aus den Vereinigten Staaten stammt und es sich in der Regel um Produktlieferungen handelt, d. h. es ist kein finanzieller Beitrag. Es gibt allerdings selbst bei lokalem Aufkauf gewisse Unschärfen, weil man in Simbabwe nicht unbedingt zertifizierte Produkte hat. Denn auch in Südafrika gibt es sehr große Flächen, die mit genetisch modifiziertem Saatgut bebaut sind. Es gibt seit ca. drei Jahren Richtlinien der europäischen NROen zum Umgang damit. Hier handelt es sich um eine Richtlinie, die von den europäischen NROen im Rahmen von UN-Aid entwickelt worden ist. Erster Punkt ist hier so etwas wie eine Konsumentensouveränität. Wenn Entwicklungsländer sagen, dass sie keine genetisch modifizierten Nahrungsmittel erhalten wollen, dann wird diese Bitte beachtet. Des Weiteren erfolgt eine Risikoabschätzung. Denn gerade die Reglementierung des Umgangs mit genetisch modifizierten Organismen ist abhängig davon welche Gesetze es vor Ort zum Umgang mit solchen Organismen gibt. Dann gibt es noch eine Risikominderung, d. h. wenn wir beispielsweise wissen, dass die Länder mit den genetisch modifizierten Nahrungsmitteln einverstanden sind, aber es keine ausreichenden

Regelungen gibt, um die Bevölkerung vor eventuellen Auswirkungen, die noch nicht hundertprozentig erwiesen sind, zu schützen, dass dann Vermahlung dieses Getreides erfolgt, so dass es nicht als Saatgut größere Flächen „kontaminieren“ kann. Eine Forderung von europäischen NROen ist aber auch, hier unter den Bedingungen von Entwicklungsländern die Forschung zu verstärken. Z. B. wird in Äthiopien, einem Land, wo wesentliche Genpools für Getreide sind, die Forschung verstärkt, um zu sehen, welche Auswirkungen es haben kann, wenn beispielsweise Getreide in Äthiopien ausgebracht wird oder Mais in Mexiko, was eines der Ursprungsländer dieses Getreides ist.

Was den Sicherheitsaufwand anbelangt, ist grundsätzlich zu sagen, dass unsere Neutralität, unsere Unparteilichkeit als Akteure, unser größter Schutz ist. Wo wir Aufwendungen haben, ist einmal in der Vorbereitung von Auslandsmitarbeitern, von lokalen Mitarbeitern und auch von Inlandsmitarbeitern, die in die Regionen reisen, in der so genannten Wappnung für Fälle, wo es zu Entführungen kommen kann, Verhalten in gefährlichen Situationen bis hin zur Teilnahme an entsprechenden Vorbereitungen bei der Bundeswehr. Es kann beispielsweise dazu kommen, dass es einen Arbeitsausfall gibt. Unsere Mitarbeiter in Afghanistan sind vorgestern nicht ins Feld gefahren, weil es eine große Demonstration in Kabul gegeben hat gegen ausländische Präsenz. Es gibt keine systematische Anforderung von privaten oder militärischen Dienstleistungen. Die Aufgabe des Militärs in Krisengebieten ist zu allererst der Schutz der Zivilbevölkerung und nicht der Schutz der humanitären Helfer. Es gibt natürlich auch Einzelfälle beispielsweise beim Objektschutz in Haiti oder in Kenia, da gehört es zur Kultur, dass Büros beispielsweise von privaten Dienstleistern geschützt werden, aber die fahren nicht mit, wenn die Leute zu den Zielgruppen unterwegs sind. Bei der militärischen Sicherung gibt es in manchen Ländern die Vorschrift, dass NROen von lokalem Militär begleitet werden, was zum Teil auch nach dem Genozid in Uganda der Fall war.

Nun zum Verhältnis von NROen zu militärischen Kräften. Ich muss hier ganz offen zugeben, dass wir als deutsche NRO – so glaube ich – noch ein gewisses Problem damit haben, denn lange Zeit gab es keine Auslandseinsätze der deutschen Bundeswehr. Damit tritt erstmals ein Verhältnis auf, was noch nicht abschließend geklärt ist. Für mich ist der Schutz der NROen durch das Militär nicht erforderlich. Wir haben

häufig Situationen, wo sich die Sicherheitslage durch die Anwesenheit ausländischen Militärs in bestimmten Gebieten eher verschärft hat. Ich sage nicht, dass das die Schuld der Bundeswehr ist, aber natürlich ziehen militärische Kräfte auch die Aufmerksamkeit von nationalen Fundamentalisten und Extremisten auf sich und damit kann eine Region, die bisher eher sicher war, unsicher werden. Für mich ist aber der wesentlich wichtigere Punkt, wenn sich das Militär mit entwicklungspolitischen oder humanitären Aufgaben beschäftigt, wo die Professionalität bei der Abwicklung solcher entwicklungspolitischen Programme ist. Es geht nicht darum, eine Brücke zu bauen oder eine Schule zu errichten, sondern die Frage ist, ob der Unterhalt dieser Brücke bzw. Schule nachhaltig gewährleistet ist. Ich glaube, dass wir im entwicklungspolitischen und im humanitären Bereich eine spezifische Professionalität entwickelt haben, die die Bundeswehr nicht hat. Keine NRO würde für sich die spezifische Professionalität beanspruchen, die das Militär für sich beansprucht. Insofern gibt es eine Arbeitsteilung und ich denke, dass das Militär bei seinen Leisten bleiben sollte und dass das die NROen oder Entwicklungsorganisationen ebenso tun. Es gibt noch ein Problem, das noch nicht geklärt ist, und ich würde mir wünschen, dass sich die Bundesregierung damit beschäftigen würde. Es gibt die Situation, dass nicht immer klar ist, wenn ausländisches Militär nicht in seinen Uniformen auftritt, sondern in zivil, wer der humanitäre Helfer ist und wer Soldat. So ist für die Extremisten in den jeweiligen Ländern nicht mehr klar zu erkennen, wer gehört zur humanitären und wer gehört zur militärischen Seite, was eine gewisse Gefahr für die humanitären Helfer bedeutet.

Jürgen Lieser: Es ist hier mehrfach die Frage nach dem Verhältnis AA und BMZ gestellt worden. Bevor ich auf diese Frage eingehe, würde ich aber gerne noch etwas zu dem Sicherheitsaspekt sagen. Auch wir teilen die Ansicht, dass unser Sicherheitskonzept ein anderes ist. Wir denken nicht in den Kategorien, wie man sich am besten mit Militärpräsenz umgibt, um sich dadurch zu schützen. In manchen Situationen mag das notwendig sein und dort nehmen wir das dann auch in Anspruch, wie z. B. bei Evakuierungsmaßnahmen. Private Sicherheitsdienste nehmen wir nur ungern, wenn überhaupt in Anspruch. Allerdings gibt es auch hier Situationen, wo es nicht anders geht. Wenn man z. B. als Hilfsorganisation in Tschetschenien arbeiten will, dann wird einem nur erlaubt seine Arbeit zu tun, wenn man bewaffnete Bodyguards bei sich hat.

Abg. Toncar hat die Frage gestellt, ob wir für Strukturveränderungen plädieren würden. Ich werde hier natürlich nicht für Strukturveränderungen plädieren, denn ich glaube, dass wir beim AA und dem BMZ mit den Instrumenten im Grunde gut aufgehoben sind. Aber, das erste was man erwarten darf – denke ich – ist doch, dass, wenn es klare Zuständigkeiten und Absprachen gibt, man sich daran auch halten sollte. Ich würde ihnen, Herrn Abg. Strässer, nicht zustimmen, dass es nur darum geht, dass geholfen wird, egal wer das tut. Denn dann haben wir das Chaos, was immer wieder deklariert wird, denn jeder macht dann was er will und dann gibt es keine Organisation mehr. Ich finde, wenn die Nothilfe beim AA ist, dann soll sie auch beim AA bleiben. Aber fragen sie doch bitte mal die Regierung, warum das BMZ 300.000 Euro an Soforthilfe für die Opfer in den Überschwemmungsgebieten in Aceh zur Verfügung stellte. Das ist für mich nicht nachvollziehbar, dass die Soforthilfe beim AA liegt und nicht beim BMZ. Der erste Schritt wäre, dass es bei den verabredeten Absprachen belieben sollte. Der nächste Schritt wäre dann die Verzahnung der verschiedenen Instrumente. Und da sind wir auch bereit, mit daran zu arbeiten, wir man das verbessern kann. Wir von VENRO haben uns mal die Mühe gemacht, uns die verschiedenen Finanzierungslinien anzusehen. Dort sollte man einmal überlegen, ob das nicht überholt ist und bessere Instrumente entwickelt werden könnten, um die Verzahnung zu verbessern. Ich persönlich glaube, dass das möglich ist, und wir sind auch bereit, mit den Beteiligten darüber Gespräche zu führen. Die Zusammenlegung auf ein Ministerium ist nicht das Allheilmittel dafür.

Abg. Strässer: Als Mitglied dieses Ausschusses habe ich weder beim AA noch beim BMZ einen Antrag gestellt. Wenn sie jetzt sagen, dass diese Förderung von 300.000 Euro für Opfer in Aceh nicht durch das BMZ geleistet werden soll, dann verstehe ich das nicht.

Jürgen Lieser: Ich glaube, dass es unterschiedliche Kompetenzen, Verfahren und Instrumente gibt, und ob man Soforthilfe oder humanitäre Hilfe leistet. Beim AA gibt es ein sehr schnelle Antrags- und Bewilligungsverfahren, was auch sinnvoll und richtig ist. Beim BMZ dauern die Verfahren jedoch viel länger. Das ist der Grund, warum die Soforthilfe sinnvollerweise beim AA liegt.

Die Vorsitzende: Wir wären ihnen dankbar, wenn sie uns die Engpässe zwischen der Koordinierung von NROen und den verschiedenen Ebenen sofort mitteilen könnten. Dieser Bericht wird auch noch einmal in einer Sitzung unseres Ausschusses diskutiert werden und werden dann auch Fragen, die uns jetzt beim Durchlesen ihrer Stellungnahmen entgangen sind, eingehen. Ich würde dann gerne die heutige Anhörung mit Frau VLR'in I Müller abschließen.

VLR'in I Ursula Brigitte Müller: Falls ich die Fragen in der Kürze nicht ausreichend beantworten kann, bin ich gerne bereit, dies schriftlich nachzuliefern. Abg. Toncar hatte eine Frage zur Bearbeitungszeit der Anträge gestellt. Die Anträge werden, wie bereits angesprochen, im AA sehr schnell bearbeitet, so dass das Geld innerhalb weniger Stunden den NROen zur Verfügung steht.

Ich möchte noch etwas intensiver auf das Verhältnis von NROen und militärischem Personal eingehen. Unstrittig ist, das CIMIC keine humanitäre Hilfe leistet. Davon zu unterscheiden ist der Einsatz von militärischem, Zivilschutzpersonal und dem Material im Rahmen der humanitären Hilfe. Es ist im internationalen Raum grundsätzlich anerkannt, dass der Einsatz von militärischen Material und Personal erforderlich sein kann. Dazu haben die VN und Hilfsorganisationen bereits 1993 die so genannten Oslo-Richtlinien beschlossen, was eine standardisierte Vorgehensweise für Natur- und Umweltkatastrophen. Das wichtigste Prinzip dieser Richtlinien ist der Einsatz militärischer Mittel, der nur unterstützend in Betracht kommt, wo zivile Kapazitäten nicht rechtzeitig oder nicht ausreichend eingesetzt werden können. Ergänzend gibt es Vereinbarungen und Regelungen in komplexen Krisen, wie z. B. Bürgerkriegssituationen, auch dort gibt es Richtlinien aus dem Jahr 2003, die die Bundesregierung ebenfalls anerkannt hat. Danach gilt, dass militärische Kapazitäten nur als letztes Mittel und auch nur so lange wie erforderlich, eingesetzt werden und nur durch Parteien, die nicht am bewaffneten Konflikt beteiligt sind.

Eine Frage ging dahin, ob die Bundesregierung das Verfahren von ECHO anwenden solle. Ich glaube, man würde sich damit schlechter stellen, da ECHO sich nur um 14 NROen kümmert, das AA arbeitet mit über 50 NROen zusammen. Dadurch kommen auch kleine NROen mit speziellen Expertisen und regionalen Gebieten zum Zuge.

Zur Frage des Eigenanteils. Dazu kann ich sagen, dass das eine Forderung des Bundesrechnungshofes ist. Der Bundesrechnungshof wollte den Eigenanteil sogar auf zehn Prozent erhöhen, da wir nur Zuwendungsgeber sind.

Zur Katastrophenvorsorge hatten sie Überschneidungen zwischen dem AA und dem BMZ angesprochen. Das ist ein Thema, was uns sehr bewegt, und das ist auch ein Schwerpunkt der deutschen Präsidentschaft des AA. Wir sind jetzt dabei mit dem BMZ gemeinsam eine deutsche Strategie zur Katastrophenvorsorge zu erarbeiten, da diese in beiden Häusern angesiedelt ist.

Die Vorsitzende: Vielen Dank, Frau VLR'in I Müller. Über den Eigenanteil werden wir allerdings schon noch einmal reden müssen, daher wäre es sehr nett, wenn sie sich mit dem BMZ koordinieren würden und uns dann eine Übersicht geben, was bisher festgelegt worden ist, und wer was anders machen könnte. Das gibt mir nun auch die Gelegenheit, Ihnen und ihren Mitarbeitern für Ihre Arbeit zu danken sowie auch den Kolleginnen und Kollegen im BMZ.

Mein Dank geht auch an die Sachverständigen, dass Sie uns mit konkreten Informationen bedient haben. Ich möchte noch einmal sagen, dass, wenn Sie konkrete Punkte haben, über die wir mit der Bundesregierung reden sollen, Sie sich direkt an den Ausschuss wenden können. Damit schließe ich die öffentliche Anhörung.

Schluss der Sitzung: 18:35 Uhr



Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, MdB
Vorsitzende